

Zeitschrift: Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse =
Gazetta militare svizzera

Band: 53=73 (1907)

Heft: 19

Artikel: Zur Wehrreform

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-98473>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 11.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Allgemeine Schweizerische Militärzeitung.

Organ der schweizerischen Armee.

LIII. Jahrgang. Der Schweizerischen Militärzeitschrift LXXIII. Jahrgang.

Nr. 19.

Basel, 11. Mai.

1907.

Erscheint wöchentlich. — Preis per Semester für die Schweiz Fr. 5. — Bestellungen direkt an „Benno Schwabe, Verlagsbuchhandlung in Basel“. Im Auslande nehmen alle Postbureaux und Buchhandlungen Bestellungen an.

Inserate 35 Cts. die einspaltige Petitzelle.

Verantwortlicher Redaktor: Oberst U. Wille, Meilen.

Inhalt: Zur Wehrreform. — Kanaltunnel und Spülgen. — Die Bedeutung des Anschlusses Spaniens an England. — Ausland: Deutschland: Artilleristische Monatshefte. — Frankreich: Neugliederung des Heeres. — Österreich: Kavalleristische Monatshefte. — England: Armees-Verringerung.

Dieser Nummer liegt bei:

Literaturblatt der Allgemeinen Schweizerischen
Militärzeitung 1907 Nr. 5.

Zur Wehrreform.

Die Wehrreform des jetzigen englischen Kriegsministers Haldane, durch welche dieser ein genügendes Heerwesen schaffen will, ohne die seinem Zweck feindlichen Anschauungen und Gewohnheiten des englischen Volkes zu verletzen, findet bei allen Urteilsfähigen die schärfste Verurteilung. Im Parlament hat dies neulich sein Vorgänger im Amte Mr. Arnold-Forster besorgt. *United Service Gazette* sagt: „Ein paar unbedeutende Blätter suchen den hoffnungslosen Kampf für Haldane noch weiter zu führen; er selbst wird sich bei all seinem Optimismus überzeugt haben, wie es ausser aller Möglichkeit liegt, dass seine Pläne die allgemeine Zustimmung finden. Die vernichtende Kritik, die von allen Seiten auf die Reform einströmt, hat deren bisherigen Unterstützern die Augen geöffnet“. Und *The National Service League*, an deren Spitze der groisse Feldmarschall Lord Roberts steht, hat sich in einem offenen Brief gegen das Projekt ausgesprochen: „Die Organisation der regulären Streitkräfte wird bei Haldanes Plan ziemlich dieselbe bleiben wie bisher. Aber was wird hinter den regulären Streitkräften stehen? Wenn sie ausser Landes gerückt sind, bleibt nichts mehr zurück als die sogenannten Exerzierbataillone (*training battalions*), die bloss vergrösserte Depots sind, und eine Masse Leute, die nur Volunteers unter einem neuen Namen vorstellen. Die Miliz, die trotz all ihren Mängeln im südafrikanischen Kriege von grossem Wert war, ist dann ver-

schwunden. Das geplante nationale Heer wird weder national, noch ein Heer sein: mit keiner einzigen von denjenigen Klassen der Bevölkerung, die jetzt nicht dienen, in seinen Reihen, und erst 6 Monate nach Kriegsausbruch verwendbar. Denn es muss als freiwilliges ausgebildet werden und diese Ausbildung ergibt (wie allseits eingeräumt wird) keine Streitmacht, die den trefflich geschulten Truppen Europas, dem mutmasslichen Feinde, die Spitze bieten könnte. Kann das ein Heer heissen? Ein Heer, das ein halbes Jahr braucht, bevor es auftreten kann, ist kein Heer, sondern ein bewaffneter Haufe. Und wird der Kriegsminister die Mannschaft, die er verlangt, überhaupt bekommen? Das ist doch sehr die Frage, wie nicht erst gesagt zu werden braucht.“

So wird auch dieses Projekt, so gut es gemeint sein mag, gleiches Schicksal wie alle seine Vorgänger haben, seitdem der Burenkrieg und die politische Lage zu allgemeiner Erkenntnis gebracht haben, dass das Landheer Englands für die Grossmachtstellung, und sogar nur für die direkte Sicherheit des Mutterlandes durchaus ungenügend ist. Darüber ist man sich klar, dass die jetzige Art der Heeresbeschaffung und der Organisation der Landesverteidigung geändert werden muss; man weiss ganz genau, wo es fehlt, man kennt auch ganz genau das Mittel, das dem Übel abhilft (allgemeine Dienstpflicht), man täuscht sich nicht über seine Heilkraft. Aber weil man weiss, dass es dem Volk Pflichten auferlegt, die sein Behagen stören, wagt man es nicht zu fordern, sondern probiert es mit Palliativ-Mitteln, deren Erfolglosigkeit von demjenigen, der sie anpreist, nicht weniger erkannt wird, als von der ganzen Welt. Diese Mittel sind aber nicht bloss erfolglos, sie haben böse Folgen.

Die vergeblichen, unvollkommenen Anläufe zur Wehrreform in England dürften denjenigen unsrer Mitbürger zu denken geben, welche das Referendum gegen unser neues Wehrgesetz veranlassen wollen in der Hoffnung, dass es bei der Abstimmung zurückgewiesen werde.

Ich gestehe offen, dass ich niemals für möglich gehalten hätte, die sozialdemokratische Partei unsres freien Landes stände noch so in den Kinderschuhen ihrer sozialpolitischen Anschauungen, dass sie sich der Entwicklung der Miliz einer Demokratie zum Kriegsgenügen feindlich gegenüberstellt.

Selbst wenn heute noch unentwegt die grossen Schlagworte das Verhalten bestimmen, die zu Anfang notwendig sein mochten, um die trägen Massen in Bewegung zu bringen und unter das Banner zu scharen, das deren Bestes fördern will; selbst wenn unsre sozialdemokratische Partei heute noch den Begriff Vaterland verdammt und meint, der jetzige Staat und das Vaterland müssten gewaltsam zugrunde gerichtet werden und dann werde ihr Zukunftsstaat kommen; wenn sie nicht fähig sind zu erkennen, dass nur die Reformen des Staates in der Gesellschaft bleibende sind, die von innen emporgewachsen und langsam ausgereift sind; wenn sie meinen, eine lebensberechtigte Partei dürfte, wenn die Dinge nicht so gestaltet werden wie sie will, Obstruktion treiben, ohne sich damit selbst die Lebensberechtigung abzuspochen — so bleibt es doch unerklärlich, dass unsre Sozialdemokratie die Kräftigung unsres Milizheers verhindern will.

Die wirtschaftliche Besserstellung der Massen, die Verringerung der Militärausgaben, die Aufnahme der stehenden Heere bilden den vornehmsten Artikel des Parteiprogramms der internationalen Sozialdemokratie. Erkennen die Herren denn nicht, dass gerade diesem Ziel ihrer Bestrebungen direkt entgegengearbeitet wird, wenn sie verhindern, dass unser Milizwesen — das einzige der Welt, das bestrebt ist, ernsthaft das Problem zu lösen, und den Beweis erbracht hat, auf dem richtigen Weg dahin zu sein — sich zum Kriegsgenügen entwickelt? Wem dienen sie damit, wenn solch böses unverständiges Wollen gelingt? Einzig denjenigen, die auf dem prinzipiell gegenteiligen Standpunkt stehen; einstweilen aber sind diese mächtiger als schöne Theorien. Nur Tatsachen können sie besiegen. Das weiss der alte Bebel ganz genau, wenn er im Deutschen Reichstag immer und immer wieder auf die Vortrefflichkeit unsres Milizheeres hinweist und dabei dann das, was er wünscht, als vollendete Tatsache hinstellt. Es ist ein eigenes Schauspiel: während der bedeutendste Führer der sozialistischen Partei Deutschlands zweckbewusst unser Milizheer mög-

lichst tüchtig haben möchte, geben sich seine Genossen bei uns, die ihn verehren, alle erdenkliche Mühe dies zu verhindern. Warum? Bloss der Phrase zuliebe. Weil es dem Parteiprogramm entspricht, die Institution der stehenden Heere zu bekämpfen, wird auch bei uns prinzipiell das Heerwesen bekämpft, und so wird kritiklos der Kampf bis aufs Messer gegenüber jenem Heerwesen unternommen, das einstweilen noch, bis einmal der Zukunftsstaat mit dem ewigen Frieden da ist, das Ideal der Partei sein sollte. — Dass sie dadurch gleichzeitig eine furchtbare Gleichgültigkeit gegenüber den Lebensinteressen ihres Vaterlandes bekunden, sei nur ganz nebensächlich erwähnt.

Als Grund für solches Verhalten wird angegeben, dass die Art, wie sich unser Milizheer entwickelt hat, und dass eine Reihe von Bestimmungen des neuen Gesetzes nicht ihrem Ideal eines Volksheeres entsprechen. Solche Unfähigkeit, grosse Dinge allgemeiner Bedeutung unbeeinflusst von kümmerlichen Motiven der Selbstsucht anzusehen und zu beurteilen, kommt auch anderswo vor, in England ist dies Denken der Grund, weswegen man auch dort nicht zu genügendem Wehrwesen kommt, dort sind es die Bourgeois gerade so wie die Genossen, deren Ideal eines Volksheeres eigne Dienstpflicht nicht entspricht. Dagegen muss festgestellt werden, dass die Aufgabe der Wehrorganisation nicht ist, den Wünschen und Anschauungen der Bürger zu entsprechen, sondern den Forderungen des Krieges. Wer anders darüber denkt, hat entweder nicht wirkliche Liebe zu seinem Vaterland oder er steht auf so niederer Stufe der Urteilsfähigkeit, dass er nicht würdig ist der Rechte der Demokratie. Wohl soll die Wehrorganisation den Wünschen und Anschauungen der Bürger entgegenkommen, aber nur so weit, wie die Forderungen des Krieges es erlauben. Der Entwurf unsres neuen Wehrgesetzes hat bis zur alleräussersten Grenze des Möglichen den Volksanschauungen und Wünschen Rechnung getragen. Man sollte annehmen und tatsächlich ist es auch der Fall, dass in unserm freien Lande mit demokratischen Institutionen seit Jahrhunderten und bei den viel glücklicheren wirtschaftlichen Verhältnissen und bei der grössern allgemeinen Volksbildung, die Urteilsfähigkeit der Massen des Volkes höher steht als anderswo. Dies sollte sich vor allem ausdrücken in der grösseren Reife des Parteistandpunktes der Sozialisten. Aber das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Während unsre Sozialdemokratie die Wehrreform bekämpft, weil einige Punkte ihr nicht gefallen, in der Hauptsache aber weil es zum doktrinär prinzipiellen Standpunkt der Partei gehört, dass Vaterland ein gleichgültiger und Wehrkraft ein verhasster Begriff ist, tönt es anderswo ganz

anders und sehen wir jene Reife, die erkennt, dass man Sozialist sein kann und doch sein Vaterland lieben und dessen Wehrkraft fördern. Im deutschen Reichstag haben die Sozialistenführer mit Entschiedenheit betont, dass ihre Partei durchaus auf dem nationalen Boden stände, dass ihr die Absicht fern läge, das Heerwesen zu bekämpfen und zu schädigen, dass sie zu allen Opfern bereit sei. Und in England, dem Land wo das Volk (Bourgeois wie Proletarier) nichts von einer Wehrpflicht wissen will, da sagte ihnen neulich in einer öffentlichen Versammlung der National-Service-League der australische Arbeiterführer W. Hughes, dass ein Staat nicht zu bestehen würdig sei, wenn sich die Bürger nicht der allgemeinen Wehrpflicht unterzögen. In seiner Antwort bedauerte Lord Roberts, dass nicht alle Arbeiterführer Englands dagewesen wären, um diese überzeugende Rede eines Arbeiterführers aus dem demokratischsten Staatswesen der ganzen Welt mit anzuhören. Denn von der Arbeiter-Partei erhoffe er die wirksamste Hilfe für die Durchführung einer auf allgemeiner Dienstpflicht beruhenden Wehrreform. Auch ihm sei unverständlich, wie sich intelligente und urteilsfähige Leute von den tönenden Schlagworten über Militarismus etc. etc. und von hohlen Phrasen irreleiten lassen und mit prinzipiellem Widerwillen ein System betrachten können, in dem am allervollkommensten die Gleichheit aller Menschen und Stände zum Ausdruck kommt, und das, wie das Beispiel aus so vielen Staaten zeigt, nicht bloss das sozial gerechteste, sondern auch das beste sei zum Schutz des Vaterlandes und für das Wohl des Volkes.

Wir haben vorher dargelegt, wie sehr unsre Schweizsozialdemokratie einem allgemeinen Ziele ihrer sozialpolitischen Anschauung entgegenarbeitet, wenn sie verhindert, dass unser Milizwesen so kriegstüchtig wird, wie möglich ist; wenn sie auf einem prinzipiellen Standpunkt gegenüber dem Militärwesen verharret, der aus der Kinderzeit ihrer Partei herrührt und anderswo, wie eben gezeigt, von ihren Genossen aufgegeben worden ist. Es scheint, wie wenn man bei uns noch nicht genügend erkannt hätte, dass eine erfolgreiche Förderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ziele nur möglich ist, wenn keine Vermengung mit jenem ehemaligen äussersten linken Flügel der Partei mehr stattfindet, der sich unter dem Namen Anarchisten losgelöst hat. Dies geschah, als die Partei anfang, produktiv zu arbeiten und dafür aus dem Programm ihrer Ziele alles Unreife und Überspannte entfernen musste. Die Vernunft, ergänzt durch selbstgemachte Erfahrung, sollte aber unsre Arbeiterparteien belehrt haben, dass sie nur dann das Zusammenschliessen der andern Parteien gegen sich zu fürchten haben, wenn sie den direkt

staatsfeindlichen Ideen der Anarchisten Gefolgschaft leisten. Die neue Militärorganisation bekämpfen ist aber gar nichts andres als das, mag man dem Ding auch ein schönes andres Mäntelchen umhängen.

Es kann nicht unmöglich sein, dass, wenn das Referendum herbeigeführt ist, dann das neue Gesetz mit Hilfe der Antimilitaristen aus den bürgerlichen Kreisen — dort gibt es gerade so gut solche wie bei den Anarchisten — und mit Hilfe der Neinsager aus Prinzip und Unverstand bei der Volksabstimmung unterliegt. Was hat dann die sozialistische Partei für sich erreicht? Den höchsten Zielen der Partei hat sie geschadet, sie hat sich selbst geschadet, indem sie den Zwecken jener Minderheit diene, die als Anarchisten sich von ihr losgelöst hat und die bestrebt ist, sie zu zerstören, wenn es ihr nicht gelingt, sie zu unterjochen. Allerdings, ihr Mütchen hat sie gekühlt, sie hat ihre Macht zum Zerstören denjenigen gezeigt, ohne deren Hilfe und Mitwirkung sie nie etwas Gutes herbeiführen kann. Diejenigen, die ihr beim Verwerfen beistanden, ohne deren mächtige Hilfe sie niemals diesen Erfolg herbeiführen konnten, werden niemals zu haben sein, ihnen zu etwas anderm als zum Verwerfen zu helfen.

Kanaltunnel und Splügen.

Eine Parallele.

Von Oberleutnant Otto Brunner.

I.

Zwei Eisenbahnprojekte grössten Stils stehen gegenwärtig, abgesehen von dem ebenfalls sehr bedeutungsvollen Faucille-Durchstich, im Vordergrund unsrer eidgenössischen Verkehrspolitik. „Hie Splügen“ ertönt es von der einen Seite, und „Hie Greina“ antwortet nicht weniger leidenschaftlich das Feldgeschrei der andern.

Fast zur gleichen Zeit, wie diese zwei grossen Projekte greifbarere Formen anzunehmen anfangen, tauchte in England drüben der alte Plan von neuem auf, das Inselreich durch einen Tunnel mit dem nahen Kontinente zu verbinden.

Eine mit englischem und französischem Kapital gegründete Gesellschaft bestand seit einer langen Reihe von Jahren, und auf beiden Seiten des Kanals waren schon die notwendigen Bohrungen auf das eigentliche Tunnelniveau hinunter fertig erstellt. Doch schon zweimal war der Versuch, von der englischen Regierung und dem Parlament die Konzession zum Bau des Tunnels zu erlangen, an einem starren Non possumus der erstern gescheitert. Die Sicherheit des Inselreiches und damit des erdumspannenden Imperiums wurde in Gefahr erklärt, und dieser einzige Hinweis, in der Hauptsache das Resultat der nationalen